

Herrn Präsident  
Mag. Dr. Harald Mahrer  
Wirtschaftskammer Österreich  
Wiedner Hauptstraße 63  
1045 Wien

**Zu Punkt 8.22**  
**der Tagesordnung des**  
**Wirtschaftsparlamentes vom**  
**30.06.2022**

Wien, am 08. Juni 2022

Antrag an das WKÖ-Wirtschaftsparlament am 30. Juni 2022

## Maßnahmenpaket gegen die grüne Inflation und Energiearmut

Die Zukunft der Österreicherinnen und Österreicher soll klimafreundlich und nachhaltig sein. Bis 2030 soll das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz national bilanziell eine 100 % Versorgung mit Ökostrom sichern. 2040 soll Österreich dann klimaneutral sein. Die Preise von Rohstoffen steigen jedoch derzeit in neue Höhen, während immer mehr davon für Projekte zur Dekarbonisierung benötigt werden. Experten warnen inzwischen vor einer verhängnisvollen Spirale von knappem Angebot und hoher Nachfrage, welches eine „grüne Inflation“, auch „Greenflation“ oder „Grünflation“ genannt, auslöst.

Die steigenden Treibstoff- und Energiepreise sorgen in Österreich bereits seit Dezember 2021 für eine hohe Inflationsrate. Während uns die Bundesregierung noch eine Inflation von unter 7 % anhand der Preise für Schlafsäcke, Parkettböden und Fliesen vorrechnet, ist sie in den Geldbörsen der Bürgerinnen und Bürger längst zweistellig. Ein Ende der Teuerungswelle ist nicht abzusehen, im Gegenteil kommt es nun auch noch zu einer Verknappung bei wichtigen Lebensmitteln und anderen Waren.

Die Teuerungen, die die Österreicherinnen und Österreicher aktuell belasten, wurden im April mit 1.400 Euro pro Kopf und Jahr berechnet. Für eine vierköpfige Familie bedeutet das Mehrkosten in Höhe von rund 6.000 Euro im Jahr 2022. Dazu kommen noch eine für Mai angekündigte Erhöhung der Strompreise durch den staatlichen Verbund und die für 1. Juli 2022 vorgesehene Einführung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung, die alle Energiepreise noch einmal künstlich in die Höhe treiben soll, um einen eigenen "Lenkungseffekt" zu erzielen. Diese Teuerungen belasten nicht nur die Unternehmen direkt, sie führen auch zu einer massiven Verringerung der Kaufkraft bei den Kunden, was Umsatzausfälle und alle daraus resultierenden Konsequenzen zur Folge haben wird.

Die Bundesregierung hätte längst eingreifen und die Wirtschaft wie auch die Haushalte vor den Folgen der Mega-Inflation schützen müssen, anstatt neue Steuern zu erfinden und die Bürger mit Placebos ruhig zu stellen. Dazu kommt, dass die Erhöhung der Netzentgelte vorangegangene Entlastungen wieder auffrisst.

Als ob damit die heimische Bevölkerung und Wirtschaft nicht schon genug belastet wäre, hat die türkis-grüne Bundesregierung mit der sogenannten „ökosozialen“ Steuerreform bewiesen, dass sie vor weiteren enormen Belastungen für die österreichische Wirtschaft nicht zurückschreckt:

## Energiekosten weiter im Steigen begriffen

Denn allein die CO<sub>2</sub>-Steuer, die ab Mitte des Jahres 2022 Treibstoffe, Öl und Gas verteuern wird, wird in weiterer Folge das Heizen für viele Menschen unleistbar gemacht. Der in diesem Zusammenhang in Aussicht gestellte Klimabonus in der Höhe von 100 bis 200 Euro jährlich kann

vor dem Hintergrund dieser für die Österreicher zukommenden Teuerungen wohl nur als blanker Hohn bezeichnet werden und deckt die von der türkis-grünen Bundesregierung zusätzlich verursachten Mehrkosten für Energie, Heizen und vor allem Treibstoffe bei weitem nicht ab.

Daher ist es dringend an der Zeit, dass diese Bundesregierung nicht nur endlich von weiteren Belastungsmaßnahmen, die die österreichische Wirtschaft massiv schädigen, Abstand nimmt, sondern umgehend effektive Maßnahmen setzt, um Energiearmut in Österreich wirksam zu verhindern.

Es braucht zusätzlich einen Maßnahmenmix, um die grüne Teuerung zu stoppen.

Während befristeter Preisstopps sollen Maßnahmen, die in Österreich aber auch im Verhältnis zu anderen relevanten Handels- und Wirtschaftspartnern zur Inflation geführt haben, nach Maßgabe ausgesetzt bzw. gänzlich abgeschafft werden.

Da die Steuerreform keinerlei Maßnahmen setzt, um die oben angeführten Maßnahmen umzusetzen sowie auch nicht geeignet ist, der Inflation bzw. den steigenden Treibstoffpreisen gegenzusteuern, stellen die nachstehenden Delegierten folgenden

### ANTRAG:

*Der Präsident sowie die Organe der WKÖ werden aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit der sichergestellt wird, dass auf Umsätze mit Strom und Gas bis zumindest 30.06.2023 keine Umsatzsteuer eingehoben wird.*

*Der Präsident sowie die Organe der WKO werden weiters aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die ein Maßnahmenpaket gegen die „grüne Inflation“ beinhaltet:*

- Schaffung eines Warenkorb, der die Preise für Waren und Dienstleistungen wie etwa Lebensmittelpreise, Hygieneartikelpreise, Mietpreise, Heizkostenpreise, Spritpreise, Fahrtkostenpreise im öffentlichen Verkehr usw. beinhaltet.
- Bereitstellung der Daten zu den vom Warenkorb umfassten Kategorien durch die Statistik Austria.
- Schaffung eines Preisbandes, welches Endverbraucherpreise, d. h. mehr als zehn beim Abweichen einzelner Prozent, beim zuständigen Konsumentenschutzminister eine Informationspflicht an den Konsumentenschutzausschuss des Nationalrats auslöst.

- Aussetzung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung bis mindestens Ende 2023.
- Einführung einer Treibstoff-Preisdeckelung in Form einer Abgabenreduktion auf Treibstoffe.
- Erstellung einer Gasversorgungsrichtlinie zum Erhalt systemrelevanter Einrichtungen und Produktionseinheiten



Bgm. Matthias Krenn  
WKO-Vizepräsident



Michael Fürtbauer  
WP-Delegierter



BR Christoph Steiner  
WP-Delegierter